

### Auswirkungen der Honorarreform

#### Ärzte kündigen Demonstrationen und Streiks an

In der Ärzteschaft rumort es bundesweit. Viele Ärztinnen und Ärzte sehen sich durch die zum Jahresbeginn geänderte Honorarverteilung benachteiligt, vor allem viele ambulante Operateure, Neurologen, Nervenärzte und Psychiater sowie Praxen, die besondere Schwerpunkte gesetzt haben und solche, die im letzten Jahr nur eine geringe Fallzahl aufzuweisen hatten, sind besonders betroffen. Entsprechend lautstark ist seit Wochen der Protest. Facharztgruppen und Berufsverbände in mehreren Bundesländern haben Demonstrationen und Streiks angekündigt. In Schleswig-Holstein wollen zahlreiche Fachärzte von Montag kommender Woche an ihre Praxen fünf Tage lang schließen. In Bayern nehmen Fachärzte eine Woche gemeinsamen „Praxisurlaub“. Die Kassen haben inzwischen zugestimmt, die Honorarverluste bis 2010 zu begrenzen. KBV-Vorsitzende, Dr. Andreas Köhler, will noch mehr tun: „Wir werden uns für eine Überarbeitung der Regelleistungsvolumen einsetzen“, versprach er.

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) beruhigte unterdessen die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen. Die Honorarreform sei kein direkter Beitrag zur Verschlechterung der Honorarsituation fast aller niedergelassenen Ärzte sei. „Dieses Geld versickert weder bei den Kassenärztlichen Vereinigungen noch bei Krankenkassen, sondern wird den niedergelassenen Ärzten in voller Höhe zur Verfügung gestellt. Allerdings muss ich erneut betonen, dass sich diese Gesamtsumme aus den Steigerungen im Jahr 2008 und 2009 ergibt. Wenn offenbar in einzelnen Kassenärztlichen Vereinigungen bereits 2008 überproportionale Honorarsteigerungen erzielt werden konnten, ergeben sich dort grundsätzliche im Jahr 2009 geringere Spielräume für Honorarerhöhungen“, schrieb Schmidt an die Mitglieder der Fraktionen von CDU/CSU und SPD im Deutschen Bundestag. Nach Gesprächen mit Vertretern von KBV, KVen, Hausärzterverband, Fachärzterverband und Spitzenverband der Kassen sei man sich einig gewesen, dass die Selbstverwaltung auf Bundes- und Landesebene nachsteuern müsse. So werde die KBV im zuständigen Steuerungsgremium, dem so genannten Bewertungsausschuss, eine Reihe von Vorschlägen einbringen, um strukturelle Schlechterstellungen ganzer Arztgruppen zu verhindern.

In einer Kleinen Anfrage interessiert sich auch die FDP-Fraktion für die „Verluste von Arztpraxen durch die Vergütungsreform“ (BT-Drs. 16/11788). Darin verweist die Fraktion darauf, dass in der Ärzteschaft durch die Anfang 2009 erfolgte Umstellung des ärztlichen Vergütungssystems in den vergangenen Wochen große Unruhe

[Brief des KBV-Vorsitzenden](#)

[Schreiben von Ulla Schmidt](#)

#### Impressum

berlin aktuell

Pressestelle der deutschen Ärzteschaft

Alexander Dückers

Hans-Jörg Freese

Verena Heinz

Jana Kromer

Herbert-Lewin-Platz 1 · 10623 Berlin

Tel. (030) 40 04 56-358 · Fax -707

presse@baek.de · www.baek.de

entstanden sei. Die Fraktion will unter anderem wissen, ob die Bundesregierung die Einschätzung teilt, dass es Arztpraxen gebe, die zumindest in einigen Bundesländern durch die Reform Verluste erleiden, obwohl sich an Quantität und Qualität ihrer Arbeit nichts geändert habe. Besonders interessant ist auch die Frage nach den Regelungen bezüglich der regionalen Auswirkungen und den Kenntnissen des BMG darüber.

[Kleine Anfrage der FDP](#)